Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 2

Artikel: Von der "Front der Arbeit" zur "Richtlinien"-Bewegung
Autor: Haas, S.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158338

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sehnlichem Tempo davontrippelten und von denen sich nicht ein einziges als im klassischen Sinn störrisch erwies. Die offenbare Disziplin und der Schneid dieser Truppen machten einen großen Eindruck; man bekam ganz unzweifelhaft das Gefühl, daß Italien hier über ein auch bezüglich der Reserven gut ausgewiesenes, schlagfertiges Kriegsinstrument verfügt, wobei die erst noch kleine Gruppe der lockigen Amharas die Möglichkeiten der Entwicklung dieser Streitmacht nur ahnen ließ.

Den Schluß des Zuges bildeten die bereits erwähnten Kamelreiter, die in scharfem Trab vorbeistürmende lybische Kavallerie und endlich die Dubats, die auf dem heißen Asphalt, unter der stürmischen Begeisterung der Tausende, im Marschieren zu einer monotonen Musik ihre Tänze zur Darstellung brachten, indem sie mit ihren Speeren wild in der Gegend herumfuchtelten.

In einem fürchterlichen Gedränge, das aber der vom Jubel mitgerissene Beschauer kaum fühlen wollte, bewegte man sich anschließend nach der Piazza Venezia, wo der Duce nach mehreren stürmischen Ausbrüchen der Begeisterung auf dem Balkon erschien und die kurze Rede sprach, die durch alle Zeitungen gegangen ist. Bei dieser Gelegenheit konnte der Beobachter erneut die echte Begeisterung und treue Anhänglichkeit des römischen Volkes für seinen Führer sehen, der gerade dieser Stadt so unvergleichliche Werte kultureller und zivilisatorischer Natur geschenkt hat.

Von der „Front der Arbeit" zur „Richtlinien"-Bewegung.

Von S. Haas.

1. Kampf um die Macht im Staate.

Die sozialistischen und gewerkschaftlichen Vorstöße, die in der Nachkriegszeit zur angeblichen „Rettung der Demokratie und zur Wirtschafts- und Finanzreform" unternommen wurden, ließen an ein evolutionäres Hineinwachsen der vordem ausgesprochen revolutionär eingestellten organisierten Arbeiterschaft in den demokratischen Aufbau glauben. Eine Demokratie wie die schweizerische, die sich auf die Bundesgenossenschaft von Staaten und Einzelbürgern gründet, vermag denn auch die feindselige Abseitsstellung eines namhaften Volksteils auf die Dauer nicht zu ertragen. Das ergibt sich schon daraus, daß die nationale Unabhängigkeit, die sich wachsenden außenpolitischen Gefahren gegenüber sieht, immerwährend und zunehmend auf die lebendige und aktive Mithaftung aller Eidgenossen angewiesen ist.

Diese Erkenntnis ist zweifellos stark im Wachsen, gerade auch bei der Arbeiterschaft, die sich längst nicht mehr gesamthaft auf die früher gern betonte Vaterlandslosigkeit versteift, ja diese Proletenparole mehr und mehr

als unwahre Phrase oder als unverdiente, beleidigende Deklassierung empfindet. Leider haben sich die Arbeiterorganisationen und erst recht deren Führer und Sekretäre, die von der klassenmäßigen Zusammenfassung der „Massen" leben, bis zur Stunde weder von den alten internationalen Bindungen, noch von der proletarisch-marxistischen Ideenwelt frei zu machen vermocht. Die scheinbare Wandlung der letzten Jahre, hervorgerufen vornehmlich durch die Angst vor dem Faschismus, reichte zwar zu manchen erstaunlich patriotisch-demokratischen Lippenbekenntnissen aus, hingegen noch nicht zur ehrlichen, volksversöhnenden Tat. Die „sozialdemokratische" Partei verlegt neuestens in ihrer Werbearbeit den Akzent auffällig auf die zweite Hälfte ihrer Bezeichnung, auf das „demokratisch", ist aber in ihrer Tendenz nicht über das „sozialistisch" hinausgekommen. Alle Vorstöße der Linken, die seit dem mißglückten Gewaltstreich von 1918 unternommen wurden, sind nur evolutionär in den Einführungsmitteln, in der Benützung der verfassungsmäßigen Volksrechte, jedoch revolutionär geblieben in den Zielen und Auswirkungen. Wie mehrere politische Machtveränderungen in den europäischen Staaten beweisen (so 1933 in Deutschland, 1936 in Frankreich), kommt es für die Staatsordnung praktisch auf das gleiche heraus, ob ein Umsturz durch Staatsstreich erfolgt oder auf dem Weg über die Wahl- und Stimmurne. Auch der demokratische Kampfauftrag mit dem Stimmzettel kann eine eigentliche Diktatur (Deutschland) oder doch eine diktaturähnliche und damit demokratiefeindliche Vorherrschaft einer Klasse oder Partei (Frankreich) einleiten. Faschistische und marxistische Weltanschauung führt auf die Dauer immer zur Diktatur. Les extrêmes se touchent.

Es sei den Beweisführungen dieses Artikels vorausgenommen, daß es auch gegenwärtig hierzulande nicht um die Emanzipationsbewegung einer Volksschicht geht, sondern um einen Kampf zur Eroberung der politischen Macht im Staate durch einen auf Klassenkampf und Klassenherrschaft eingestellten Volksteil. Die Methodik dieses Eroberungskampfes reicht bezeichnenderweise über die ganzen Nachkriegsjahre zurück bis auf die Instruktionen, die Lenin den schweizerischen Genossen erteilte. Darnach müsse der erste Schritt zur marxistischen Umwälzung, in Anpassung an die schweizerischen Eigenarten und unter Ausnützung ihrer Gegebenheiten, erfolgen,

> „auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Weg, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik."

Das erste praktische Ziel sei, meint Lenin, die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionszweige mit Hilfe der Volksrechte, da der Staatssozialismus systematisch und unmittelbar, ohne eigentliche Zwischenstufe, in den Vollsozialismus hinüberführe. Daß diese Instruktionen, wie überhaupt die taktischen Winke aus Moskau, heute noch in unserer Sozialdemokratie bestimmenden Einfluß haben, obschon

die S. P. S. den kommunistischen Vortrab aus agitatorischen Gründen in Distanz zu halten beliebt, hat sich immer wieder zweifelsfrei erwiesen.

Auf den Lenin'schen Ratschlag berief sich 1934 öffentlich und ausdrücklich der Vater des „Planes der Arbeit" und heutige sozialistische Parteipräsident, Nationalrat Oprecht, als es darum ging, aus dem „Plan der Arbeit" die Krisen-Initiative Nr. 1 herauszudestillieren und damit die „Front der Arbeit" auf Eroberung auszusenden. Nationalrat Reinhard, der damalige Parteipräsident, verdeutlichte:

> „Die Initiative ist eine Vorstufe des „Planes der Arbeit", wie der „Plan der Arbeit" eine Vorstufe der Eroberung der politischen Macht ist."

Nationalrat Schneider, das radikale enfant terrible der sozialistischen Parteileitung, schrieb im August 1934 in der Basler „Arbeiterzeitung":

> „Aus der Initiative muß ein Werkzeug der Sammlung des arbeitenden Volkes und der Aktion zur Ausweitung des sozialistischen Einflusses geschaffen werden. Wir betrachten sie als ersten Schritt im Kampfe zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse."

2. Der erste Aufmarschplan.

Der Parteitag der sozialistischen Partei der Schweiz eröffnete Ende Januar 1935 den Kampf für die Krisen-Initiative Nr. 1, indem er den „Plan der Arbeit" zum Regierungsprogramm der Partei erklärte und ihn in einer Resolution als Plattform bestimmte,

> „um eine Volksbewegung ins Leben zu rufen, die bezweckt, eine Volksmehrheit auf antikapitalistischer Grundlage zu schaffen, deren Aufgabe es ist, eine Änderung der machtpolitischen Verhältnisse im Bund herbeizuführen."

Diese Volksbewegung sollte in der „Front der Arbeit" Gestalt und Triebkraft annehmen. Wie das gemeint war, wurde im Parteiprogramm selber unmißverständlich deutlich gemacht. Das Parteiprogramm von 1935 befindet sich noch heute in Kraft und ist also der Ausgangspunkt geblieben für alle seitherigen Parteiaktionen, gleichgültig, wie sie sich in der Gegenwart zu drapieren belieben. Wie es damals den „Plan der Arbeit" als „Zwischenlösung", als den „Übergang zur sozialistischen Gemeinschaft" umschrieb, die „Front der Arbeit" organisieren half und die Krisen-Initiative Nr. 1 auslöste, so stellt es derzeitig folgerichtig die Richtlinie der „Richtlinien" dar. Daß die sozialistische Partei sich nicht bemüßigt fühlte, bei ihrem Eintritt in die „Richtlinien"-Bewegung das Parteiprogramm zu revidieren, sagt alles in diesem Zusammenhang Notwendige. Seit der Inkraftsetzung jenes Programmes durch den sozialistischen Parteitag sind erst zwei Jahre verflossen. Die durch das Programm veranlaßten ersten Gründungen und Kampfhandlungen des Jahres 1935 erscheinen in diesem Licht nur als erste Versuche zur Programmverwirklichung, denen „Schritt für Schritt" weitere Versuche zu folgen haben. Solange die ausführenden Personen und die für sie bestehenden Programmverpflichtungen die nämlichen

bleiben, ist dieses Programm die Schlüsselstellung für alle Aktionen der Linken in Gegenwart und Zukunft. Da liest man im sozialistischen Parteiprogramm:

„Der politische und gewerkschaftliche Kampf gegen die Bourgeoisie ... erstrebt innerhalb des bürgerlichen Staates die Hebung der Lage der Werktätigen und die Erhaltung und Erweiterung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, läßt aber nie das sozialistische Endziel aus den Augen, das nur durch die Aufhebung des bürgerlichen Staates selbst verwirklicht werden kann."

Man sieht, die „bürgerlichen Rechte und Freiheiten" sind gerade gut genug als Mittel zur „Aufhebung des bürgerlichen Staates", nicht als Zweck und Inhalt einer künftigen sozialistischen „Demokratie". Sie sollen die Machteroberung erleichtern und müssen deshalb, angeblich um dem Faschismus vorzubeugen, unablässig ausgebaut und erweitert werden:

„Um den Sozialismus zu verwirklichen, muß die Sozialdemokratie für ihre Ideen und Überzeugung die Mehrheit des Volkes gewinnen"... Der Kampf muß „stets orientiert sein am Endziel der Sozialdemokratie".

Wer ist Träger und Kader dieses Kampfes um das sozialistische Endziel?

„Vorhut in diesem Kampfe sind die in der sozialdemokratischen Partei, in den Gewerkschaften und in den Sport- und Kulturverbänden des Proletariates zusammengeschlossenen Massen. Ihr unmittelbares Ziel ist es, ihre Organisationen auszubauen, zu erweitern und ihre Schlagkraft zu steigern, sie immer mehr mit sozialistischem Denken zu erfüllen."

Hinter dieser Vorhut der sozialistischen Endzieltruppe haben sich die anzuwerbenden Mitläufer zu scharen, um mit ihr gemeinsam die damalige „Front der Arbeit" und spätere ähnliche Gründungen zu bilden:

„Darüber hinaus haben diese Organisationen (Partei, Gewerkschaften, Satus usw. d. B.) nach einer Zusammenfassung aller ausgebeuteten Volksschichten — gleichviel ob Hand- oder Kopfarbeiter, ob Bauer oder Handwerker — zu einer Aktions- und Kampfgemeinschaft gegen die wirtschaftliche Not und für die Befreiung von kapitalistischem Joch und kapitalistischer Knechtschaft zu streben."

Es ist damit klargelegt, wer die Führung übernimmt, wer das Ziel angibt und wer nur als Stimmvieh zu dienen hat. Wie wenig die mittelständische Mitläuferschaft (Jungbauern, Demokraten, Angestelltenverbände 2c.) mitbestimmen, zeigt die rote Fahne, die das sozialistische Parteiprogramm diesen Mittelständlern in die Hand drückt:

„Die wirksamste Hilfe für den Mittelstand besteht in der Übertragung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ... an die Volksgemeinschaft."

Mit dieser Truppenordnung, diesem Aufmarschplan und Feldzeichen hob der Krieg an um die erste Etappe zum Endziel, die Krisen-Initiative Nr. 1.

Nationalrat August Huggler, der deutschschweizerische Parteisekretär der S. P. S., schätzte 1935 in einer Vorschau zur Abstimmung über die Krisen-Initiative Nr. 1 die beidseitige Verteilung der Streitkräfte und die künftige Machtentwicklung folgendermaßen ein:

„Wir brauchen die Mehrzahl der Stimmberechtigten für alle Abstimmungen und Wahlen, die zur Verwirklichung des „Planes der Arbeit" notwendig sind... So bleiben schließlich für uns noch gegen 500,000 Stimmberechtigte mobilisierbar, während dem Gegner, auch im günstigsten Falle, wenig über 400,000 bleiben. Die Endzahlen gehen nach unserer Schätzung nahe zusammen, 50,000 mehr oder weniger herüber und hinüber geben den Ausschlag... Bei den Kleinbauern und Kleingewerblern muß parallel, unter Anpassung an ihre besonderen Bedürfnisse und Mentalitäten, vorgegangen werden."

Trotzdem die Zeitspanne zwischen der Aufstellung des sozialistischen Parteiprogrammes und der Volksabstimmung über die Krisen-Initiative Nr. 1 allzuknapp bemessen war, als daß sie für die Gesamtheit der Stimmbürger hingereicht hätte, die blendenden Versprechungen der Initianten bis auf ihre revolutionären Hintergründe zu durchschauen, schlug diese Zukunftsrechnung für einmal fehl. Die Krisen-Initiative Nr. 1 wurde am 2. Juni 1935 mit 567,425 gegen 425,242 Stimmen und $16^4/_2$ gegen $3^2/_2$ Ständen abgelehnt. Der Stimmenunterschied betrug nicht 50,000, sondern über 132,000; er wäre zweifellos noch viel deutlicher ausgefallen, wenn den nationalen Kräften die gleiche Dauer des Aufmarsches und die gleiche Systematik der Vorbereitung zur Verfügung gestanden hätte. Dennoch sprach die sozialistische und gewerkschaftliche Presse in ihren Abstimmungskommentaren von einem „Pyrrhussieg des Bürgertums". Und laut verkündigte sie: „Wir kommen wieder!" Auch das beweist, daß es sich in ihren Augen nicht um eine Entscheidung, sondern um eine Etappe im umfassenden Machtkampf handeln sollte.

3. Ansätze zum zweiten Aufmarsch.

Im März 1936 forderte Parteipräsident Reinhard in der „Roten Revue" dazu auf, die Schwierigkeiten, die der Partei aus der Ablehnung der ersten Krisen-Initiative erwachsen seien, mit

„einer neuen und bessern Krisen-Initiative zuzudecken". Voraussetzung sei, „daß man sich sofort an die Arbeit mache"... „Die Partei soll sich nicht allzu lang besinnen, sondern frisch zupackend eine neue Krisen-Initiative mit der Initiative auf Finanzreform verbinden."

Im gleichen Monat gab die „Nation", die den Gewerkschaften nahesteht und von diesen mitfinanziert wird, den Ratschlag, den taktischen Gründen für das Scheitern der Krisen-Initiative Nr. 1 nachzugehen und daraus für das weitere Vorgehen die praktischen Schlüsse zu ziehen:

„Das Scheitern der Krisen-Initiative ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in ihr zu viele Forderungen zusammengefaßt waren. Je inhaltreicher ein Volksbegehren ist, desto mehr Reibungsflächen weist es auf. Je

kürzer die Formulierung, desto besser die Propagandaunterlagen und die Erfolgsaussichten." Demzufolge schlägt die „Nation" vor, die Krisen-Initiative zu zerlegen und in Form von fünf selbständigen Initiativbegehren einzubringen. Diese Einzelinitiativen seien systematisch in die Köpfe zu hämmern. „Ihre Annahme durch das Volk würde die wahre nationale Erneuerung bedeuten."

Also nur scheinbar Einzelvorstöße, in Wirklichkeit Teile eines weitgespannten revolutionären Offensivplanes! Seine Urheber haben sich dafür, in berechnender Ausnützung und Umlenkung der Zeitströmungen, bereits den Namen einer „nationalen Erneuerung" usurpiert. Die Sehnsucht vieler Zeitgenossen nach Reform des Staates soll eingefangen werden für den „legalen" Umsturz des Staates.

4. Zwischenspiel: ein Führerwechsel.

Zwischen die Niederlage der Krisen-Initiative Nr. 1 und dem Plänesschmieden für die Krisen-Initiativen Nr. 2 bis 6 schob sich eine hitzige Auseinandersetzung zwischen Partei- und Gewerkschaftsführern ein. Das Aufräumen des Schlachtfeldes führte zum üblichen Scherbengericht, wobei die sozialistische Parteileitung den Gewerkschaftsführern den Vorwurf machte, mit Rücksicht auf die Gewinnung von bürgerlichen Mitläufern eine allzu lahme Kampftaktik angewandt zu haben. Umgekehrt warfen die Gewerkschaften der Partei vor, sie habe durch forsche Demaskierung der Ziele die Werbung im Bürgertum erschwert. Parteipräsident Reinhard drohte in der Märznummer 1936 der „Roten Revue", daß die Sozialisten sich in ihren Vorstößen wenn nötig „von der gewerkschaftlichen Vormundschaft emanzipieren" würden. Der Gewerkschaftsbund schlug daraufhin auf eigene Faust und zu eigenen Gunsten los mit einer Arbeitslosenversicherungs-Initiative, die den gewerkschaftlichen Kassen die Vorzugsstellung vor den paritätischen und öffentlichen Arbeitslosenversicherungskassen und damit dem Gewerkschaftsbund einen neuen Machtzuwachs verschaffen soll. Anderseits brannten die Kommunisten mit einem Teilstück der von der „Nation" geforderten fünf Einzel-Initiativen durch, mit der Initiative auf Abschaffung der dringlichen Bundesbeschlüsse.

Um die Parteigänger und Mitläufer vom übeln Bild des Führerstreites abzulenken, wurde im Vorsommer 1936 die Diskussion über das künftige Vorgehen in die gewerkschaftlichen und sozialistischen Sektionen hinausverlegt, wo allseitig das Begehren zum Ausdruck kam, die Aktionen nicht einschlafen zu lassen und dafür „bei anderen Kreisen" Unterstützung zu suchen. Die kantonalen Unterführer, die Gewerkschaftssektionen und das schwerer bewegliche Parteivolk hatten sich durch den Geltungsstreit in der Parteispitze auch nicht vorübergehend von Forderungen des Parteiprogrammes, auf das sie kurz zuvor eingeschworen worden waren, ablenken lassen. Immer noch beherrschte bei ihnen die Idee einer „Front der Arbeit" die Köpfe. Von hier aus schlug diese Idee wieder auf die streitenden Partei-

und Gewerkschaftsspitzen zurück, und in ihrem Zeichen fand im Juni 1936 ein sozialistischer Parteitag statt, der die bockbeinige und für eine neue Einigung unbequeme Parteileitung hinwegfegte. Das Diskussionsthema, über das Sekundarlehrer Reinhard und mit ihm die Parteileitung stolperten, war ein völlig zufälliges, erstbestes Tagesproblem, nämlich die Stellungnahme des Parteitages zu den neuen Wehrkrediten. Der Parteivorstand, der Zustimmung beantragt hatte, erlitt mit seiner wehrfreundlichen Schwenkung eine böse Abfuhr, so daß sein Rücktritt unvermeidlich wurde. In kühnem Salto mortale wußten die Führer des Gewerkschaftbundes, die bei jenem Sieg der Parteilinken eigentlich mitunterlegen waren, den wahren Sinn des Parteitagsbeschlusses umzukehren und einen eigenen Mann an die Spitze der Partei zu setzen. Das war Nationalrat Oprecht, Präsident des Verbandes des Personals öffentlicher Dienste. Oprecht vereinigt in seiner Person, vom Standpunkt der Partei wie vom Standpunkt des Gewerkschaftsbundes aus, eine Reihe von Vorzügen: als Sozialist steht er politisch ordentlich weit links, führt aber eine wichtige Tochtersektion des Gewerkschaftsbundes, der sich seinerseits gerne als rechter Parteiflügel aufspielt; Oprecht ist außerdem der Adoptivvater des — ursprünglich belgischen — „Planes der Arbeit", der „Front der Arbeit" und der Krisen-Initiative Nr. 1; er unterhält als solcher gute Beziehungen zu den linksbürgerlichen Mitläufern jener Unternehmungen, in ihm verkörpert sich die Entente cordiale zwischen Partei, Gewerkschaftsbund und ihren Seitentrieben; er ist sozusagen ihre Personalunion. Der Kreis ist geschlossen; der Tanz kann neu beginnen; die Musik wird nach sozialistisch-marxistischen Noten gespielt.

5. Das volksfrontlerische Rekrutierungsrezept.

Diese Entwicklung vollzog sich, als in den zwei Republiken Westeuropas, der gärenden, jungen spanischen Republik und der von Parteienhader, Interessenstreit und Korruption zermürbten französischen Republik, der „Volksfrontfrühling" einkehrte. Wind aus dem Osten hat diesen Frühling hervorgezaubert: es ist der Beschluß des 7. Weltkongresses der Komintern, dahingehend, daß

> „in den Mittelpunkt der Taktik und Politik der Arbeiterbewegung der ganzen Welt die Losung zum Kampf gegen Krieg und Faschismus hingestellt werde".

Nach dem mechanischen Gesetz, wonach der Rückstoß immer so stark ist wie der Aufprall, wurde und wird die natürliche Abneigung der demokratischen Völker gegen die Diktatursysteme durch organisierte Propaganda in einen derartigen Haß gegen Rechts hineingesteigert und dermaß gegen die Ideenmauer des Faschismus geschleudert, daß der Rückprall sie fast automatisch einer Linkspolitik in die Arme werfen muß. Die immerwährende Wiederholung des Schlagwortes „Der Feind steht rechts!" ließ die beiden genannten Völker völlig übersehen,

daß am Ende einer Linksentwicklung ebenfalls die Diktatur steht. Spanien ging voran. Als sich Frankreich auf die Kammerwahlen vom Mai 1936 und damit zum Einschwenken in die gleiche Front rüstete, erteilte der Sekretär der kommunistischen Partei Spaniens den französischen Syndikalisten in der Pariser „Humanité“ mit verblüffender Unverfrorenheit den Rat:

> „Zusammenschluß mit allen Elementen, die im Faschismus den Feind erblicken, nichts dem Zufall überlassen, peinlich genaue Organisation, endlich, eine Taktik, die erlaubt, die bürgerlichen Freunde in falsche Sicherheit zu wiegen.“

Der Ratschlag wurde in Frankreich befolgt und brachte den „Front populaire“ an die Regierung. Was daraus geworden ist, wissen wir; was daraus noch wird, zeichnet sich schon recht deutlich ab.

In der Schweiz, der ältesten Republik der Welt, deren Demokratie wie eine Schöpfungsgewolltheit aus dem eigenen Boden herausgewachsen und deshalb auch gegen den Faschismus fast völlig immun ist, hatte der direkte Ostwind seit dem gewaltigen Umsturzversuch von 1918 wenig mehr zu bestellen. Nun er sich in Frankreich mischt mit dem Westwind, dem die Schweiz seit Jahrhunderten immer ganz besonders zugänglich war, scheint der Saft der „Volksfront“-Gelüste auch hierzulande in gewisse Köpfe zu steigen, in jene nämlich, die ihre Meinung von jeher aus irgendeiner Internationalen bezogen und demzufolge das Gespenst des Faschismus hinter jedem Fensterladen wittern. „Front der Arbeit“ und „Plan der Arbeit“ ließen sich unschwer im „Volksfront“-Frühling mit neuen Hoffnungen beleben. In Genf nistete sich, dicht beim Völkerbund und beim Internationalen Arbeitsamt, die durch die Aufnahme von Sowjetrußland einen deutlich erkennbaren östlichen Einschlag erhalten haben, eine ständige Internationale Zentrale zur Propagierung des „Planes der Arbeit“ ein, deren Zweigwurzeln nach Frankreich und Belgien reichen und dort gespiesen werden aus der „Volksfront“-Bewegung. Unser ganzes Land wird überzogen mit einem feinmaschigen Netze von antifaschistischen Organisationen. Unter dem Titel „Schweizerisches Freiheitskomitee“ wirken da, mit der kommunistischen und der sozialistischen Partei zusammen und unter sozialistischer Führung (Kronauer, Ragaz, Zellweger, Johannes Huber ꝛc.), die „Rote Hilfe Schweiz“, die „Frauenliga für Frieden und Freiheit“, die „Religiös-soziale Vereinigung Zürich“, die schweizerische Tochterorganisation des „Rassemblement Universel pour la Paix“, das „Schweizerische Arbeiterhilfswerk für Spanien“, die „Schweizerische Arbeiterbildungszentrale“ u. a. m. Daß alle diese Organisationen die gleiche internationale Abstammung und Bildung besitzen, beweist ihre neutralitätswidrige, einseitige Stellungnahme **für** bestimmte und **gegen** andere Auslandstaaten und Staatengruppen. So protestieren sie an-

dauernd gegen die Verurteilung kommunistischer Revolutionäre in den faschistischen Staaten, finden aber keine Worte gegen die Justizschlächtereien in Sowjetrußland. Sie sind die getarnten Hilfstruppen, die, im Namen schweizerischer Staatsgrundbegriffe, für jene Parole werben: „Der Feind steht rechts!". Die buntscheckige Namengebung verschleiert ein und dasselbe Ziel: die „Volksfront".

Humbert-Droz konnte 1936 auf dem kommunistischen Parteitag der Schweiz feststellen, daß

> „die gewaltigen Erfolge der „Volksfront" in Spanien und Frankreich den Beweis dafür darstellen, wie richtig die Politik des 7. Weltkongresses der Komintern war." Und er erkühnte sich, die Frage aufzuwerfen: „Können wir nicht in der Schweiz dieselbe Politik führen, die in Spanien und Frankreich solche Erfolge der werktätigen Masse gezeitigt hat?"

In der „Neuen Weltbühne", einer linksgerichteten Zeitschrift, wagte ein ständiger Mitarbeiter unserer sozialistischen Tageszeitungen unter dem Titel „Schweizer Volksfront" folgendes Bekenntnis auszuplaudern:

> „Die Erkenntnis, daß gerade der Kampf zur Rettung der demokratischen Freiheiten heute offensiv als Kampf für die Sozialisierung wichtigster Sektoren der Produktion und für die Eroberung der Staatsgewalt durch das arbeitende Volk geführt werden muß, hat im Jahre 1934 den „Verband des Personals öffentlicher Dienste" bewogen, der schweizerischen Öffentlichkeit einen Plan der Arbeit als Plattform einer antikapitalistischen Volksfront vorzuschlagen. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat diesen Plan der Arbeit im Januar 1935 in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Sie hat es allerdings bisher nicht verstanden, dem Programm in einer energischeren Aktion wirkliches Leben zu verleihen. Bei allem Wichtigen bleibt jedoch die Überzeugung: Partei, Einheitsfront oder Volksfront, sollen sie nicht in der Abwehr von Reaktion und Faschismus versagen, so müssen sie eines Tages zur Ordnung des Staates und zum Angriff auf die Grundlagen des Kapitalismus übergehen."

Die Reihe zahlloser ähnlicher Geständnisse und Bekenntnisse beschließt die bezeichnende Einladung des linkssozialistischen Generalsekretärs des französischen Gewerkschaftsbundes und eigentlichen Machthabers der französischen „Volksfront", des Genossen Jouhaux, an den Schweizerischen Gewerkschaftskongreß vom November 1936 — an jenen Kongreß nämlich, der die „Richtlinien" genehmigte und die „Richtlinien"-Bewegung auslöste. Der Bundesrat hatte Jouhaux das Auftreten in offener Volksversammlung verboten, worauf der Schweizerische Gewerkschaftsbund unseren Landesbehörden ein Schnippchen schlug und ihn in der „geschlossenen Versammlung" des Gewerkschaftskongresses reden ließ. Das „Volksrecht" berichtet über dieses Auftreten:

> „Da so viele irrige Meinungen über die französische Volksfront herumgeboten werden, benützte der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Genosse Jouhaux, gerne die Gelegenheit, die schweizerischen Kollegen aufzuklären." Und Genosse Jouhaux selber soll nach dem genannten Blatt ausgeführt haben: „Die Volksfront hat in Frankreich tatsächlich den Faschismus zurückgeschlagen. Hier ist sie unentbehrlich. Aber

jedes Land hat natürlich seine besonderen Bedingungen; was im einen notwendig ist, kann nicht ohne weiteres auf ein anderes übertragen werden... Die Männer, die an der Sierra Guadarama kämpfen, kämpfen auch für uns."

Trotzdem dieser Bericht zweifellos für die breite Öffentlichkeit zurechtfrisiert ist, enthält er die vorsichtige Aufforderung an die schweizerischen Genossen, auf ihre Art und Weise dem französischen Beispiel zu folgen. Das ist die modernisierte Wiederholung der Lenin'schen Instruktion, sich der den jeweiligen Landesverhältnissen entsprechenden Methoden zu bedienen. Der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Bratschi, quittierte diese Aufforderung — wiederum nach dem „Volksrecht" —:

„Nun hat Genosse Jouhaux in der Schweiz doch gesprochen (Heiterkeit), und ich freue mich, daß es unser Kongreß war, der ihm die Gelegenheit dazu gab. Wir freuen uns, daß die Thesen Jouhaux' so weitgehend mit den unsrigen übereinstimmen."

Die Glaubwürdigkeit der nachträglichen Behauptungen, der Gewerkschaftsbund sei volksfröntlerischen Tendenzen abhold, steht augenscheinlich auf schwachen Füßen. Vielmehr reicht die Volksfront-Einstellung vom äußersten politischen Linksflügel bis zum gewerkschaftlichen Rechtsflügel.

6. Der Anstoß zum Aufmarsch.

So war der Boden eigentlich schon ausreichend präpariert, um etwas Neues aufzuziehen. Den letzten äußeren Anstoß gab das Ereignis der schweizerischen Frankenabwertung, das — hauptsächlich von den Führern des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Jungbauernbewegung — seit langer Zeit unaufhörlich propagiert und herbeigewünscht worden war als Ausgangspunkt für die Verschärfung der politischen und gewerkschaftlichen Agitation. Flaue Zeiten entsprachen noch nie dem Geschmack von Leuten, die ihre Existenzberechtigung und Besoldung aus dem Kampf beziehen. Die mürbe und müde Krisenzeit, namentlich das Jahr nach der Verwerfung der Krisen-Initiative Nr. 1, war eine wahre Nervenprobe für die bezahlten Klassenkämpfer, die Partei- und Gewerkschaftssekretäre. Nun bot sich ihnen eine neue große Gelegenheit: die Spekulation auf die wirtschaftlichen Abwertungsopfer. Es galt zunächst, ihre eigene Agitation für die Abwertung vergessen zu machen und die Verantwortung der Landesregierung, der Regierungskoalition und dem angeblichen Versagen der Privatwirtschaft zuzuschieben, die kaufkraftgeschwächten, verärgerten Abwertungsopfer und mit ihnen alle jene aufgeschreckten Stimmbürger, die durch die Abwertung den politischen Kompaß verloren, der Linksfront einzufügen und dann mit ihnen das Stimmenmanko der Krisen-Initiative Nr. 1 aufzufüllen. Zwar nahm das Schweizervolk die Abwertung mit bewunderungswürdiger Ruhe hin. Aber jedermann wußte, daß sich mit dem Einsetzen der unvermeidlichen ungünstigen Ab-

wertungsfolgen die Interessengegensätze automatisch verschärfen und sich durch politische Abwertungsgewinnler unschwer weiter verschärfen lassen würden. Erneut erschien denn auch sofort die Parole: „Kampf um die Macht im Staate!" Schlagartig entstiegen der Versenkung, in die 1935 der „Plan der Arbeit", die „Front der Arbeit" und die Krisen-Initiative Nr. 1 hineingerutscht waren, das „Richtlinien-Programm", die „Richtlinien"-Bewegung und die Krisen-Initiative Nr. 2.

7. Die neuen Fahnen.

Nichts Neues unter der Sonne! Hingegen wurde die Drapierung der Organisationen und die Tarnung der Programme und Aktionen noch vollkommener ausgestaltet. Taktisch hatten die Genossen aus ihrer ersten Niederlage beträchtlich zugelernt. Nannte sich das Kampfprogramm von 1934/35 schon recht unverfänglich „Plan der Arbeit" (ja nicht etwa „Fünfjahrplan für die Sowjetrepublik Schweiz"), so wurde das neue Programm noch scheinheiliger unter dem schulmeisterlich biederen Titel „Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie" angeboten. An Stelle der „Front der Arbeit", der „demokratischen Zusammenfassung aller Werktätigen gegen Großkapital und Ausbeutertum", trat schlicht, einfach und farblos die „Richtlinien"-Bewegung, die „Sammlung aller Gutgesinnten", die „Konzentration nach der Mitte" — ein Versuch, jene vielen Arbeiter, die sich ehrlich nach „Befreiung aus dem proletarischen Turm" sehnen, beisammenzuhalten, und die ebenso ehrliche Sehnsucht auf nationaler Seite, die den braven schweizerischen Arbeiter wieder in das mitverantwortliche Staatsbürgertum eingereiht sehen möchte und nach der ausgestreckten Hand der Verständigung Ausschau hält, einzufangen und auszunützen. Als Nachfolgerin der ersten Krisen-Initiative (Tarnungstitel: „Initiative zur Bekämpfung von Krise und Not") wurden schöngetaufte Volksbegehren in die Welt gesetzt, darunter als wichtigstes die „Initiative für Arbeitsbeschaffung", wobei der schöne Name das Mitleid mit den Arbeitslosen und den Arbeitshunger von Gewerbe und Industrie als agitatorischen Vorspann heranholen sollte. Man sieht, es ist in taktischer Tarnung das Menschenmögliche geschehen: immer lämmerhafter wird das Wolfsfell!

Um sich nicht wie 1935 im entscheidenden Moment des peinlichen Vorwurfs erwehren zu müssen, die Aktion verfolge sozialistische Ziele, wurde aus den erwähnten Parolen vorsorglich als lockender Blickfänger hervorgehoben: „Konzentration nach der Mitte". Wie ernst der evolutionäre Augenaufschlag und das schöne Bekenntnis gemeint sind, erhellen die Tatsachen, daß das Schlagwort ausgerechnet vom Generalstreikgeneral Grimm geprägt und erstmals öffentlich angewendet worden ist, und daß der sozialistische Parteitag am 30. Januar 1937 mit 370

gegen 72 Stimmen dem einstimmigen Vorstandsbeschluß folgte und den Beitritt zur „Richtlinien"-Bewegung vollzog. Indem sich die sozialistische Partei mit deren Grundsätzen identifizierte und sich mitten in den Strom der „Richtlinien"-Bewegung stellte, um ihn von innen heraus zu dirigieren, erweist sich die „Konzentration nach der Mitte" unbestreitbar als ein Versuch zur Konzentration nach links.

8. Die Meilensteine der Marschroute.

Die schweizerischen Genossen folgen seit Lenins Instruktionen, trotz Tarnung und Schneckentänzen, einer schnurgeraden international vorgezeichneten Route:

1922 Vermögensabgabe-Initiative, aufgebaut auf Ideen und Vorschlägen von Goldscheid, des maßgebenden Wirtschaftstheoretikers der damaligen roten Regierung Österreichs;

1932 „Plan der Arbeit" und Krisen-Initiative Nr. 1, verfaßt nach dem „Plan der Arbeit" des belgischen sozialistischen Ministers de Man, dessen Wirtschaftspolitik Belgien in eine inflationsähnliche Abwertung hineintrieb;

1937 „Richtlinien" und Krisen-Initiative Nr. 2, ebenfalls de Man'schen Geistes und unverkennbar dem Sozial- und Bauprogramm des französischen „Volksfront"-Führers Léon Blum nachgebildet.

Hunderte und aberhunderte von Zitaten aus der gewerkschaftlichen, sozialistischen und kommunistischen Presse liegen vor, die einwandfrei beweisen, daß sich der Großteil der „Richtlinien"-Leute der internationalen Veranlagung seines Tuns sehr wohl bewußt ist. Ihre Sichtung und Sammlung gestaltet sich umso lohnender, als der Zitatenstrom einem Janushaupt über die Lippen floß. Nach rechts hin gebärdet es sich als evolutionär, nach links hin als revolutionär. Höchste Zeit, daß man in allen vaterländischen Lagern, bei allen Staatsbürgern, denen die Unversehrtheit der Eidgenossenschaft noch oberster Leitstern ist, das Doppelspiel durchschaut! Man wolle sich dabei an das ältere ausländische Gegenstück, die französische Volksfront, erinnern, die mit Patriotismus, Trikolore und Marseillaise startete und schon kurz nach der Machtübernahme angelangt war bei Internationalismus, Sozialisierungen, Fabrikbesetzungen, Gewalttat, bei der Sowietfahne, beim Absingen der „Internationale" und beim Gruß mit erhobener Faust. Und man erinnere sich des neuesten internationalen Losungswortes, das Léon Jouhaux — unter Hinweis auf die in tötlicher Verlegenheit eingeschaltete „Pause" in der Ausführung des Blum'schen Sozialplanes — am französischen Gewerkschaftskongreß vom 13. April 1937 ausgab und das bei seinen schweizerischen Genossen augenscheinlich bereits gezündet hat: „Die Pause in Frankreich muß doppelte Aktion in den anderen Ländern bedeuten"!

(Ein weiterer Aufsatz folgt.)